Studien zum Medizin- und Gesundheitsrecht

Herausgegeben von Steffen Augsberg, Karsten Gaede und Jens Prütting

Die Schriftenreihe *Studien zum Medizin- und Gesundheitsrec ht (MGR)* wendet sich an alle, die in Wissenschaft und Praxis mit den komplexen Rechtsproblemen des Gesundheitssektors beschäftigt sind und dient damit dem intra- und interdisziplinären Austausch.
Das Medizin- und Gesundheitsrecht ist in besonderem Maße durch das Nebeneinander von raschem technologischem Fortschritt und gesellschaftlichen Veränderungen herausgefordert. Die einschlägigen Fragen sind häufig nicht pauschal dem Zivil-, Straf- oder öffentlichen Recht zuzuordnen, sondern verlangen eine Perspektiverweiterung. Sie lassen sich zudem nur beantworten, wenn die Erkenntnisse anderer Wissenschaftsbereiche, namentlich der Medizin, angemessen berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund dient die Schriftenreihe dem intra- und interdisziplinären Austausch. Sie wendet sich an alle, die in Wissenschaft und Praxis mit den komplexen Rechtsproblemen des Gesundheitssektors beschäftigt sind. Die Schriftenreihe steht gleichermaßen für Habilitationsschriften und herausragende Dissertationen sowie für Monographien offen.

Ansprechpartnerin:
Dr. Julia Caroline Scherpe-Blessing, LL.M. (Cantab)
Programmleitung Privatrecht, Strafrecht, Verfahrensrecht

ISSN: 2699-6855 - Zitiervorschlag: MGR

Stand: 25.04.2024. Preisänderungen vorbehalten.

Jetzt bestellen:
https://www.mohrsiebeck.com/schriftenreihe/studien-zum-medizin-und-gesundheitsrecht-mgr?no_cache=1
order@mohrsiebeck.com
Telefon: +49 (0)7071-923-0
Telefax: +49 (0)7071-51104

Kaiser, Philipp

Wandel der Freiberuflichkeit im Vertragsarztrecht

Am Beispiel des kontrafaktischen Verbots des Zulassungshandels

Band 14
2024. XV, 355 Seiten.

ISBN 9783161627118
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161633676
eBook PDF 89,00 €

Knüpfte die Zulassung ursprünglich an einen individuell niedergelassenen und freiberuflich tätigen Vertragsarzt an, verschob sich das Bild der ärztlichen Freiberuflichkeit im Recht parallel zu Entwicklungen, die zuvor in der Soziologie zu beobachten waren. Dieser Wandel steht in enger Beziehung zu den für die Praxisnachfolge relevantesten Reformen des Vertragsarztrechts: Die Bedarfsplanung, die Erweiterung von Anstellungsmöglichkeiten und die MVZ-Einführung wirkten sich auf die freiberufliche Natur der ärztlichen Tätigkeit ebenso aus wie auf die Höchstpersönlichkeit der Lizenz zur Teilnahme an der GKV. Neben dem verfassungsrechtlichen Eigentumsschutz der Zulassung beeinflussten diese Entwicklungen die gesetzlichen Übertragungstatbestände. Will man das Konzessionshandelsverbot effektiv durchsetzen, muss man daher das ursprüngliche Bild der Freiberuflichkeit im Vertragsarztrecht stärken.

Schneider, Jil

Deaktivierung von Implantaten am Lebensende

Eine Einordnung in die Kategorien des Behandlungsabbruchs und der Tötung auf Verlangen am Beispiel von Herzschrittmacher und ICD

Band 13
2024. XVII, 327 Seiten.

ISBN 9783161627057
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161632624
eBook PDF 84,00 €

Die moderne Medizin eröffnet fortwährend neue Möglichkeiten der technischen Lebenserhaltung. Um lebensnotwendige Körperfunktionen aufrecht zu erhalten, können auch vollständig körperinterne Geräte wie Herzschrittmacher und ICD zum Einsatz kommen. Doch steht es Patienten frei, solche lebenserhaltenden Implantate an ihrem Lebensende deaktivieren zu lassen? Handelt es sich bei einer dem Patientenwillen entsprechenden Deaktivierung mit tödlicher Folge um eine zulässige Umsetzung von Patientenautonomie oder um eine strafbare Tötung auf Verlangen? Auf Basis einer kritischen Auseinandersetzung mit der BGH-Rechtsprechung zum Behandlungsabbruch untersucht Jil Schneider die strafrechtlichen Grenzen der Deaktivierung von Implantaten am Beispiel von Herzschrittmacher und ICD unter Einbeziehung des medizinethischen Diskurses und erwägt zukünftige Rechtsgestaltungsoptionen.

Inhaltsübersicht

Kapitel 1 – Untersuchungsgegenstand und Gang der Untersuchung
A. Einführung und Problemaufriss
B. Medizinische Relevanz der juristischen Fragestellung
C. Zentrale Fragestellungen und Gang der Untersuchung

Kapitel 2 – Rechtslage zum willensgemäßen Abbruch lebenserhaltender Maßnahmen durch den Arzt und ihre dogmatischen Grundlagen
A. Grundlagen des Strafrechts zur Sterbehilfe
B. Zentrale Linien der Rechtsentwicklung zum aktiven Abbruch lebenserhaltender Maßnahmen durch den Arzt
C. Rezeption der BGH-Rechtsprechung von 2010 im rechtswissenschaftlichen Schrifttum

Kapitel 3 – Abgrenzungsproblem bei der strafrechtlichen Bewertung der Deaktivierung von Herzschrittmachern und ICD
A. Medizinisch-technischer Hintergrund der Versorgung mit Herzschrittmachern und ICD und Folgen für die strafrechtliche Bewertung
B. Lebensverkürzende Deaktivierungen von Herzschrittmachern und ICD in der strafrechtlichen Bewertung

Kapitel 4 – Lösungsansätze für das aufgedeckte Abgrenzungsproblem zwischen Behandlungsmittel und Körperbestandteil
A. Methodische Vorbemerkung: Rechtliche und medizin-ethische Lösungsansätze
B. Lösungsansätze aus der rechtlichen sowie der medizin-ethischen Literatur und ihre Übertragung in das deutsche Strafrecht
C. Alternativvorschlag de lege ferenda: Einführung einer neuen Kategorie sog. integraler Geräte
D. Fazit: Bewertung der Zulässigkeit einer lebensverkürzenden Deaktivierung von Herzschrittmachern und ICD

Kapitel 5 – Empfehlungen für den praktischen Umgang mit einem Deaktivierungsbedarf de lege lata
A. Empfehlungen für behandelnde Ärzte
B. Empfehlungen für betroffene Patienten
C. Zusammenfassende Bewertung

Kapitel 6 – Resümee
A. Wesentliche Ergebnisse der Untersuchung
B. Schlussbemerkung

Humbert, Sophie-Marie

Plädoyer für die Legalisierung der Leihmutterschaft

Interdisziplinäre Analyse der Problemfelder und Regulierungsvorschlag am Vorbild der Lebendorganspende

Band 12
2023. XVII, 488 Seiten.

ISBN 9783161624797
fadengeheftete Broschur 104,00 €

ISBN 9783161626036
eBook PDF 104,00 €

Zahlreiche Menschen in Deutschland sind ungewollt kinderlos. Oft kann der Kinderwunsch heute mithilfe reproduktionsmedizinischer Behandlungen ermöglicht werden. Hat eine Frau keine Gebärmutter oder will sich ein Männerpaar seinen Kinderwunsch erfüllen, stößt die Reproduktionsmedizin jedoch an ihre Grenzen. In diesen Fällen böte die Leihmutterschaft einen Weg aus der ungewollten Kinderlosigkeit, den das geltende deutsche Recht allerdings versperrt. Die Beschränkung der reproduktiven Selbstbestimmung wird verstärkt kritisiert, und auch der aktuelle Koalitionsvertrag öffnet sich der Möglichkeit der Legalisierung der Leihmutterschaft. Ob die Argumentation gegen Leihmutterschaft die Beibehaltung der geltenden Rechtslage erfordert und wie ein alternatives Regelungskonzept aussehen könnte, untersucht Sophie-Marie Humbert. Dabei beschränkt sie sich nicht auf eine rein rechtliche Diskussion, sondern bezieht maßgeblich moralphilosophische Literatur sowie die einschlägige Studienlage ein.

Inhaltsübersicht

Einleitung
Erster Teil: Rechtslage de lege lata
A. Grundlagen
B. Strafrechtliche Bezüge
C. Zivilrechtliche Einordnung
D. Auswirkungen der aktuellen Rechtslage
E. Kritische Würdigung der Rechtslage de lege lata

Zweiter Teil: Interdisziplinäre Untersuchung der Problemfelder
A. Kindeswohl
B. Einheit der Mutterschaft
C. Objektifizierung des Kindes
D. Degradierung der Leihmutter
E. Ergebniszusammenfassung

Dritter Teil: Alternativer rechtlicher Umgang mit Leihmutterschaft
A. Grundmodell: Regulierung nach dem Vorbild der Lebendorganspende
B. Erweitertes Modell: Kommerzialisierung der Leihmutterschaft
C. Regulierungsvorschlag in Thesenform
Schlussbetrachtung

Wollenschläger, Ferdinand

Krankenhausreform und Grundgesetz

Kompetentielle und grundrechtliche Determinanten einer Reform von Krankenhausplanung und Krankenhausvergütung

Band 11
2023. XVI, 130 Seiten.

ISBN 9783161625954
fadengeheftete Broschur 49,00 €

ISBN 9783161625961
eBook PDF 49,00 €

Eine Reform der Krankenhausversorgung stellt ein dringliches und weit oben auf der gesundheitspolitischen Agenda stehendes Anliegen dar. Indes stoßen Reformvorhaben auf verfassungsrechtliche Herausforderungen, ist doch die Gesetzgebungszuständigkeit für das Krankenhauswesen zwischen Bund und Ländern aufgeteilt und die Abgrenzung der Kompetenzräume mit Schwierigkeiten behaftet. Zudem müssen Grundrechtspositionen der Krankenhausträger beachtet werden. Vor diesem Hintergrund entfaltet Ferdinand Wollenschläger den grundgesetzlichen, insbesondere kompetentiellen und grundrechtlichen Rahmen für eine Reform von Krankenhausversorgung und -vergütung. Auf dieser Basis unterzieht er nicht nur die aktuellen Reformvorschläge einer verfassungsrechtlichen Bewertung, vielmehr zeigt er auch weitere Gestaltungsoptionen auf.

Inhaltsübersicht

I. Hintergrund und Kontext
1. Gegenstand der Untersuchung
2. Hintergrund und Reformvorschlag

II. Kompetentieller Rahmen
1. Beschränkte Regelungsbefugnis gemäß Art. 74 Abs. 1 Nr. 19a GG (wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser und Regelung der Krankenhauspflegesätze)
2. Beschränkte Regelungsbefugnis gemäß Art. 74 Abs. 1 Nr. 12 GG (Sozialversicherung)
3. Kompetenzwidrigkeit des Reformvorschlags
4. Lösungsmöglichkeiten

III. Grundrechtliche Aspekte
1. Sicherstellungsauftrag
2. Allgemeine Anforderungen an Planaufnahme- und Vergütungskriterien
3. Notwendigkeit von Übergangsregelungen und Bestandsschutz

IV. Organisatorische Aspekte
1. Verlagerung von Entscheidungskompetenzen
2. Einbeziehung der kommunalen Ebene

V. Zusammenfassung in Thesen

Reinert, Lucas

Die Gnadenquartalsregelung

Die Folgen des Todes eines niedergelassenen Arztes. Eine Untersuchung der zivil-, berufs- und vertragsarztrechtlichen Grundlagen

Band 10
2023. XXIX, 361 Seiten.

ISBN 9783161622977
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161623417
eBook PDF 89,00 €

Verstirbt ein Vertragsarzt, endet seine Zulassung. Ein Stillliegen seiner hinterlassenen Arztpraxis bis zur Nachbesetzung des Vertragsarztsitzes liefe den Interessen seiner Erben und der Patientenversorgung zuwider. Ausgehend davon ermöglicht das Gnadenquartal den Erben die vorübergehende Fortführung der Arztpraxis. Lucas Reinert analysiert die Handhabung des Gnadenquartals in der Praxis und die bestehenden Regelungen unter Berücksichtigung der Historie, des Eigentumsgrundrechts sowie des sozialrechtlichen Kontextes. Dabei untersucht er mit Blick auf typische gesellschaftsvertragliche Gestaltungen auch, inwieweit das Gnadenquartal auf ärztliche Kooperationen entsprechend anzuwenden ist. Im Anschluss hieran unterbreitet Lucas Reinert einen Vorschlag für eine dogmatisch überzeugende und zugleich interessengerechte Gnadenquartalsregelung, die neben Einzelpraxen auch ärztliche Kooperationen umfasst. Der Autor wirft dabei zudem einen Blick auf vergleichbare Regelungen anderer freier Berufe.

Inhaltsübersicht

Problemeinführung

Teil 1: Gnadenquartal in der Einzelpraxis
Kapitel 1: Historie des Gnadenquartals in der Einzelpraxis
Kapitel 2: Eigentumsrechtliche Bedeutung des Gnadenquartals
Kapitel 3: Umsetzung des Gnadenquartals in der Praxis
Kapitel 4: Bewertung der aktuellen Rechtslage
Kapitel 5: Vergleich des Gnadenquartals mit der Abwicklung anderer freier Praxen
Kapitel 6. Das Gnadenquartal in der Einzelpraxis de lege ferenda

Teil 2: Gnadenquartal in ärztlichen Kooperationen
Kapitel 7: Historie des Gnadenquartals in ärztlichen Kooperationen
Kapitel 8: Gedanke des Gnadenquartals in der Berufsausübungsgemeinschaft
Kapitel 9: Gedanke des Gnadenquartals im MVZ
Kapitel 10: Das Gnadenquartal in der Berufsausübungsgemeinschaft und dem MVZ de lege ferenda
Gesamtergebnis

Winter, Wiebke

Big Data und KI im Gesundheitswesen

Zwischen Innovation und Informationeller Selbstbestimmung

Band 9
2023. XIV, 275 Seiten.

ISBN 9783161621123
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161621918
eBook PDF 79,00 €

Moderne Datenverarbeitungstechnologien wie Big Data und Künstliche Intelligenz führen zu weitreichenden Innovationen im Gesundheitswesen. Mit ihrer Hilfe kann neues Wissen generiert oder können Erkrankungen wie Krebs schneller erkannt werden. Die für ihren Einsatz benötigten (Gesundheits-)Daten unterliegen jedoch regelmäßig dem Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Wiebke Winter widmet sich der Frage, wie medizinische Innovation und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung in Einklang gebracht werden können. Dabei hinterfragt sie insbesondere das datenschutzrechtliche Instrument der Einwilligung aus rechtlicher und verhaltensökonomischer Perspektive. Weiter untersucht sie den umstrittenen Begriff des »wissenschaftlichen Forschungszwecks« innerhalb der Datenschutzgrundverordnung. Schließlich wird auf das Forschungsdatenzentrum und dessen Potentiale für die Forschung eingegangen.

Inhaltsübersicht

1. Kapitel: Big Data und KI im Gesundheitswesen
A. Moderne Verarbeitungstechniken und die Medizin
B. Referenzgebiete der Untersuchung
C. Stand der Forschung
D. Gang der Untersuchung

2. Kapitel: Grundlagen des Datenschutzrechts
A. Grundrechtlicher Rahmen – Schutzzweck des Datenschutzrechts
B. Einfachgesetzliche Rechtsgrundlagen
C. Hermeneutik des europäischen Rechts
D. Entgegenlaufende Datenschutzprinzipien

3. Kapitel: Big Data in der medizinischen Anwendung
A. Anonymisierung als erster Ausweg
B. Einwilligung
C. Gesetzliche Grundlage
D. Ergebnis Private

4. Kapitel: Wissenschaft und Big Data
A. Rechtliche Grundlagen datenbasierter Forschung
B. Begriff des Wissenschaftlichen Forschungszwecks
C. Einwilligung in Forschungszwecke – Broad Consent
D. Gesetzliche Grundlagen

5. Kapitel: Forschung in Public Health
A. Einleitung
B. »Informierte Einwilligung« nach § 363 Abs. 2 S. 1 SGB V?

6. Kapitel: Ergebnisse
A. Konflikt mit den Datenschutzprinzipien
B. Moderne Verarbeitungstechnologien in der Diagnostik
C. Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen Forschungszwecken
D. Forschungsdatenzentrum

Nettesheim, Martin

Impfpflichten

Verfassungsrechtliche Konflikte zwischen Körperidentität, Selbstbestimmung und öffentlicher Gesundheitspolitik

Band 8
2023. XIII, 176 Seiten.

ISBN 9783161621925
fadengeheftete Broschur 59,00 €

ISBN 9783161622007
eBook PDF 59,00 €

Zu den Grundprinzipien liberaler Verfassungsstaatlichkeit gehört, dass Menschen über sich und den eigenen Körper bestimmen können (»self-ownership«). Autonome Selbstbestimmung und menschliche Körperlichkeit werden sozio-kulturell, moralisch und rechtlich verkoppelt und gegen Ein- und Übergriffe seitens Dritter abgeschirmt. In denen letzten Jahrzehnten hat die Sensibilität für die Bedeutung körperlicher Selbstbestimmung politisch und gesellschaftlich zugenommen. Ungeachtet dessen gingen erhebliche Teile der Politik und der Wissenschaft wie selbstverständlich davon aus, dass in der COVID-19-Pandemie die Einführung einer rechtlichen Impfpflicht politisch notwendig und rechtlich statthaft sei. Martin Nettesheim untersucht die verfassungsrechtliche Frage, inwieweit eine Impfpflicht mit den Bestimmungen des Grundgesetzes vereinbar wäre. Er differenziert zwischen verschiedenen Typen von Impfpflichtgegnern, unterschiedlichen epidemiologischen Szenarien und kommt zu einem differenzierten Ergebnis.

Vahlenkamp, Annika Kristin

Ärztliche Schweigepflicht im Strafverfahren

Zwischen Geheimnisschutz und Strafverfolgung

Band 7
2023. XXI, 339 Seiten.

ISBN 9783161620034
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161620041
eBook PDF 89,00 €

Die Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht birgt im Strafverfahren ein besonderes Konfliktpotenzial. Einerseits haben Ärztinnen und Ärzte über Patientengeheimnisse grundsätzlich Schweigen zu bewahren. Andererseits kann eine möglichst umfassende Sachverhaltsaufklärung im allgemeinen wie auch im individuellen Interesse den Rückgriff auf Patienteninformationen erfordern. Annika Kristin Vahlenkamp untersucht, inwieweit entsprechende Befugnisse zur Durchbrechung der Schweigepflicht – zum Zwecke der Strafverfolgung ebenso wie zu Verteidigungszwecken – bestehen, und nimmt dafür verschiedene prozessuale Konfliktlagen in den Blick. Anschließend prüft die Autorin, welche Erkenntnisse prozessuale Verwertung finden dürfen, um materielles und prozessuales Recht in ein kohärentes System zu bringen. Im Rahmen der Analyse der Erlaubnisnormen kommt der melderechtlichen Vorschrift des § 32 Abs. 2 BMG sowie dem rechtfertigenden Notstand nach § 34 StGB besondere Bedeutung zu.

Inhaltsübersicht

Einleitung
Erstes Kapitel: Die ärztliche Schweigepflicht und ihr strafrechtlicher Schutz

Zweites Kapitel: Durchbrechungen der ärztlichen Schweigepflicht zum Zwecke der Strafverfolgung – eine Untersuchung der Rechtfertigungsmöglichkeiten mit Straftatbezug

Drittes Kapitel: Die Durchbrechung der ärztlichen Schweigepflicht zum Zwecke der prozessualen Verteidigung am Beispiel der Hauptverhandlung

Viertes Kapitel: Strafprozessuale Folgen der nicht gerechtfertigten Schweigepflichtdurchbrechung des zeugnisverweigerungsberechtigten Arztes – zur Frage der Beweisverwertung im Strafverfahren
Schlussbetrachtung

Gärditz, Klaus Ferdinand

Dirty Drugs

Psychopharmakologie und Recht im Kontext

Band 6
2022. XVI, 582 Seiten.

ISBN 9783161618963
fadengeheftete Broschur 109,00 €

ISBN 9783161618970
eBook PDF 109,00 €

Psychische Erkrankungen gehören epidemiologisch weltweit zu den verbreitetsten Krankheitsrisiken. Psychopharmaka prägen unsere Gesellschaft stärker, als uns dies bewusst ist. Gleichwohl ist der rechtliche Rahmen der psychopharmakologischen Forschung und Therapie fragmentiert sowie teils von vorrationalen Pfadabhängigkeiten geprägt. Die vorliegende Untersuchung geht von der Geschichte der wissenschaftlichen Psychopharmakologie sowie den neurochemischen Wirkungsmechanismen typischer Psychopharmaka aus. Klaus Ferdinand Gärditz analysiert die wildwüchsigen Regelungsstrukturen und die damit verbundenen Wechselwirkungen zwischen Pharmakologie, Gesellschaft und Recht als institutionelle Herrschaftspraxis. Naturwissenschaftliches Wissen prägt einerseits das Recht, reziprok prägen aber auch die Symboliken und Steuerungsinstrumente des Rechts die Entstehung von sowie den Umgang mit naturwissenschaftlichem Wissen. Pharmakologische Wissensgenerierung hat eine markante Eigengeschichtlichkeit, die erst aufzeigt, wie überhaupt Regelungsbedürfnisse entstanden sind und wie eine Gesellschaft, die Recht instrumentell zur sozialen Zielerreichung einsetzt, Psychopharmaka und ihre Erforschung in der Zeit wahrgenommen hat. Eine kontextsensible Reflexion des Rechts der psychotropen Stoffe (vom Betäubungsmittelrecht über das Arzneimittelrecht bis zum verfassungsrechtlichen Rahmen) scheint gerade auch deshalb angezeigt, weil Legalisierungs- und Liberalisierungsdebatten wieder an Fahrt aufnehmen, aber weitgehend konzeptlos bleiben.

Inhaltsübersicht

Einleitung
I. Psychotrope Stoffe und normativ-soziale Präformation
II. Pharmakologie zwischen Medizinrecht und Forschungsrecht
III. Grundlagenforschung, angewandte Wissenschaft, medizinische Anwendung
IV. Autonomie rechtlicher Begriffssysteme und Kontextualisierung des Rechts

1. Kapitel: Entwicklungspfade der Psychopharmakologie zwischen therapeutischer Pragmatik und Wissenschaft
I. Entwicklung eines Denkstils der Psychopharmakologie
II. Wirkungsansätze von Psychopharmaka
III. Evidenz, Ätiologie und Psychopharmaka
IV. Arzneimittelpathologie und Stoffabhängigkeit als Krankheit des Gehirns

2. Kapitel: Psychopathologie, Pharmatherapie und Gesellschaft
I. Psychopathologie und Kultur
II. Psychopathologie und Norm: Gesellschaft, Recht und Psychopharmaka der »Pop a Prozac«-Culture
III. Psychopathologie, Gesellschaft und Recht
IV. Bilanz: Gesellschaftliche Nutzenerwartungen und Grundlagenwissen

3. Kapitel: Toxikologischer Blick des Rechts: Verbotsregimes psychotroper Stoffe
I. Die Asymmetrie der stofflichen Risikowahrnehmung
II. Vom Apothekenrecht zum Suchtstoffrecht
III. Regelungsstruktur zwischen Verwaltungs- und Strafrecht
IV. Wettlauf von Hase und Igel: Das Recht der Neuen psychoaktiven Stoffe
V. Bilanz: Ambivalenz-Intoleranz des Betäubungsmittelrechts

4. Kapitel: Pharmakologischer Blick des Rechts: Anwendung und Zulassung von Psychopharmaka
I. Arzneimittelregulierung
II. Arzneimittel- und Betäubungsmittelrecht als wechselseitige Auffangordnungen?
III. Psychopharmaka in Arzneimittelzulassungsverfahren
IV. Pflanzliche Arzneimittel
V. Psychopharmaka in der Tiermedizin
VI. Die psychische Verführbarkeit: Ein besonderes Werbeverbot
VII. Enhancement und Arzneimittelprüfung
VIII. Hochmolekulare Wende?
IX. Bilanz: Psychopharmaka als normatives Risikomanagement

5. Kapitel: Wissenschaftliche Methode und Norm: Forschungsrecht der Psychopharmakologie
I. Nichtklinische Forschung
II. Klinische Arzneimittelprüfung als Forschungsformat?
III. Forschung, Therapie und Heilversuch
IV. Forschung mit Betäubungsmitteln
V. Tierversuchsrecht
VI. Strahlenschutzrecht
VII. Recht der genetischen Forschung
VIII. Datenschutzrecht
IX. Bilanz: Verwissenschaftlichung der Medizin und medizinisches Wissenschaftsrecht

6. Kapitel: Psychotrope Substanzen und Verfassungsrecht
I. Psychopharmaka und verfassungskonforme Zurechnungsgründe
II. Schutz der psychischen Integrität, Identität und Selbstbestimmung
III. Rechtfertigung von psychopharmakologischer Zwangsmedikation
IV. Grundrechtlicher Anspruch auf Schutz der psychischen Gesundheit
V. Grundrechtlicher Schutz der Nutzung psychotroper Stoffe
VI. Das Katalogproblem: Verbot psychotroper Stoffe und Gleichheit
VII. Transnationale Grenzen verfassungsrechtlicher Determination

VIII. Bilanz: Verfassungsrecht ist keine Happy Pill

Beobachtungen: Gesellschaftliche und naturwissenschaftliche Komplexität in der komplexitätsscheuen Gesellschaft
I. Beharrungskräfte des Vorrationalen
II. Bürokratisierung durch Verfahren
III. Eigenrationalität des Rechts und politische Chemie
IV. Der kurze Arm des Gesetzgebungsstaats: Fachliche Standardisierung schlägt zurück
V. Die Magie des Zufalls und ihre Lücken
VI. Divergente Fließgeschwindigkeiten: Wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt, praktisches Anwendungswissen und rechtliche Regulierung
VII. Eine hinkende Ehe: Grundlagenforschung und das Recht

Herkenrath, Alena

Ärztliche Fernbehandlung

Möglichkeiten und Grenzen nach der Lockerung des Fernbehandlungsverbots

Band 5
2022. XXIII, 326 Seiten.

ISBN 9783161618048
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161618055
eBook PDF 84,00 €

Die Lockerung des ärztlichen Fernbehandlungsverbots wird als Meilenstein auf dem Weg zu einem digitale(re)n Gesundheitssystem angesehen. Doch wie weit ist der persönliche Arzt-Patienten-Kontakt seit der Änderung der ärztlichen Berufsordnung einschränkbar und für welche Bereiche besteht noch (weiterer) Reformbedarf? Alena Herkenrath erläutert und analysiert sowohl die Möglichkeiten als auch die Grenzen einer ausschließlichen Fernbehandlung: von der rechtlichen Einordnung des Fernbehandlungsvertrags, den Fallstricken bei der Werbung für Fernbehandlungen, Möglichkeiten der Abgabe und Verschreibung fernverordneter Arzneimittel und dem Ausstellen einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung bis hin zu der Frage der Zulässigkeit der Selbstbestimmungsaufklärung über Fernkommunikationsmedien. Genauer betrachtet werden auch die Haftungsgefahren und datenschutzrechtlichen Anforderungen, die den fernbehandelnden Arzt betreffen.

Inhaltsübersicht

Einführung in die Untersuchungen
Aktueller Anlass der Arbeit
Gang der Untersuchungen

Erster Teil: Das Fernbehandlungsverbot und seine Entwicklung
Kapitel 1 – Begriffserklärung und Einordnung
Kapitel 2 – Zur Entwicklung des Fernbehandlungsverbots
Kapitel 3 – Die bisherige Rechtslage nach § 7 Abs. 4 MBO-Ä a. F.

Zweiter Teil: Die Novellierung des § 7 Abs. 4 MBO-Ä durch den 121. Deutschen Ärztetag 2018
Kapitel 1 – Die Auslegung der Neufassung
Kapitel 2 – Bewertung zur Novellierung und Ausgestaltung der Neufassung

Dritter Teil: Möglichkeiten und Grenzen der Fernbehandlung
Kapitel 1 – Die Einordnung des Fernbehandlungsvertrags
Kapitel 2 – Das Bewerben der Fernbehandlung
III. Ergebnis zum Bewerben der Fernbehandlung
Kapitel 3 – Abgabe und Verschreibung fernverordneter Arzneimitteln
Kapitel 4 – Das Ausstellen einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung nach ausschließlicher Fernbehandlung
Kapitel 5 – Zulässigkeit der Aufklärung über Fernkommunikationsmedien
Kapitel 6 – Die Haftung des Arztes bei der ausschließlichen Fernbehandlung
Kapitel 7 – Fernbehandlung und Datenschutz

Vierter Teil: Ergebnisse der Arbeit und Ausblick
Kapitel 1 – Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Arbeit
Kapitel 2 – Ausblick

Schrader, Johan M.

Gesundheitsvollmacht als Vertrauensakt

Band 4
2022. XXVIII, 430 Seiten.

ISBN 9783161611964
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161611971
eBook PDF 94,00 €

Kann ein Patient seinen Willen als Ausdruck seiner Autonomie nicht mehr äußern, sieht das deutsche Recht verschiedene Instrumente zur Unterstützung vor. Dazu gehören die rechtliche Betreuung und die vorrangige private Vorsorge in Gestalt der Vorsorgevollmacht. Unter Berücksichtigung ihrer Funktion, des grund- und menschenrechtlichen Rahmens und eines Rechtsvergleichs mit dem schwedischen Recht analysiert Johan M. Schrader die Konzeption der Vorsorgevollmacht in Gesundheitsangelegenheiten und des zugrundeliegenden Innenverhältnisses. Daraus entwickelt er Antworten auf die besonders praxisrelevanten Fragen nach den Rechten, Pflichten und Ermessensspielräumen der bevollmächtigten Person sowie nach dem Verhältnis zwischen den Behandlungswünschen des Patienten einerseits und den Vorstellungen und Feststellungen des Bevollmächtigten andererseits. Er beleuchtet auch, unter welchen Voraussetzungen sich ein Arzt in der Behandlungssituation nicht (mehr) auf den Gesundheitsbevollmächtigten verlassen darf.
Die Arbeit wurde mit dem Forschungspreis der Deutsch-Nordischen Juristenvereinigung und mit dem Dissertationspreis der Juristischen Fakultät der Universität Göttingen ausgezeichnet.

Hügel, Max Georg

Verhandelte Gesundheit

Zur effektiven Förderung der Mediation im Sozialleistungsrecht

Band 3
2022. XI, 179 Seiten.

ISBN 9783161614477
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161614705
eBook PDF 84,00 €

Trotz ihrer in Modellprojekten ermittelten Kooperationspotentiale wird die Mediation praktisch nicht zur außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten um Gesundheitsleistungen zwischen Sozialleistungsträgern und Sozialleistungsempfängern eingesetzt. Zugleich ist es aber ein Ziel des Gesetzgebers, die außergerichtliche Nachfrage nach Mediation zu fördern. Seine bisherigen Versuche basieren jedoch auf der Annahme einer rationalen Verfahrenswahl der Beteiligten. Das verkennt Verhandlungsbarrieren, welche infolge kognitiver Verzerrungen und strategischen Verhaltens entstehen. Max Georg Hügel analysiert das Steuerungsproblem der Mediation und entwirft ein verhaltensökonomisch und spieltheoretisch unterfüttertes Experimentalgesetz zu ihrer Förderung im Leistungsrecht der gesetzlichen Krankenversicherung, dem Bereich des Gesundheitswesens, der wettbewerbsbedingt am geeignetsten für Innovationen ist.

Jäschke, Moritz L.

Vertauschte Keimzellen und Embryonen

Analyse reproduktionsmedizinischer Zwischenfälle: Normkontext, Rechtsfolgen, Regelungsbedarf

Band 2
2020. XIX, 376 Seiten.

ISBN 9783161591822
Leinen 114,00 €

ISBN 9783161591839
eBook PDF 114,00 €

Kommt es bei der Durchführung einer reproduktionsmedizinischen Maßnahme zu einem Zwischenfall, bei dem Keimzellen oder Embryonen vertauscht werden, sind nicht nur die tatsächlichen, sondern auch die rechtlichen Auswirkungen drastisch. Neben der Frage, ob und wie der Arzt den Vorfall aufklären kann, sehen sich Betroffene insbesondere mit abstammungsrechtlichen Verwerfungen und haftungsrechtlichen Überlegungen konfrontiert. Moritz L. Jäschke zeigt auf, dass die gegenwärtige Rechtslage sowohl im Bereich der Prävention als auch mit Blick auf die Rechtsfolgen eines solchen Vorfalls lückenhaft ist. Diesen Missstand versucht er mithilfe detaillierter Regelungsvorschläge aufzulösen.

Lehmann, Maja Caroline

Die Mitochondrienersatztherapie

Eine rechtliche und rechtspolitische Analyse zwischen PID, Eizellspende und Keimbahntherapie

Band 1
2020. XXX, 365 Seiten.

ISBN 9783161589300
Leinen 129,00 €

ISBN 9783161589317
eBook PDF 129,00 €

Man entnehme der Eizelle einer Kinderwunschpatientin in vitro den Zellkern, transferiere ihn in die ebenfalls zuvor entkernte Eizellhülle einer fremden Frau und verwende die modifizierte Eizelle im Anschluss zur Befruchtung – so der Ansatz der Mitochondrienersatztherapie. Verhindert werden soll auf diese Weise eine über das mütterliche Eizellzytoplasma erfolgende Vererbung defekter Mitochondrien, die andernfalls eine u.U. schwere Erkrankung des Abkömmlings zur Folge haben könnte. Das 1991 als Strafgesetz in Kraft getretene Embryonenschutzgesetz verbietet den Austausch dieser Zellbestandteile dennoch – wenn auch nicht lückenlos. Maja Caroline Lehmann analysiert die bestehenden Strafbarkeitsrisiken und erarbeitet einen Reformvorschlag, der die aufgedeckte Inkonsistenz des geltenden Rechts beseitigt und eine einzelfallbezogene begrenzte Zulassung der Methode ermöglicht. Abschließend überprüft sie die sich dabei ergebenden grundrechtlichen Beschränkungen auf ihre verfassungsrechtliche Legitimation.